RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Dezember 2025

1. Regional
2. El Salvador
3. Honduras
4. Nicaragua
5. Guatemala

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?
Gerne an: koordination@rt-za.de

---

1. Regional

Podcast: Die Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlichte zur Tagung des Runden Tisch Zentralamerika im vergangenen Oktober eine Podcast-Folge: „Zwischen Exil und Widerstand. Der Kampf um Demokratie und Menschenrechte in Zentralamerika. Die Folge präsentiert die Perspektiven zweier Zentralamerikaner*innen, die sich aus dem Exil für Demokratie und Menschenrechte in Zentralamerika einsetzen. Zur Podcast-Folge.

Korruption: Eine Recherche von El Faro deckte auf, dass der Salvadorianer Carlos René Hernández aus der Bukele-Partei Nuevas Ideas, bis Juli 2025 Präsident des Zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN), von der Institution wegen Korruption sanktioniert wurde. Aussagen anderer Abgeordneter bestätigen, dass Hernández Geld in Umschlägen verteilt und seine Kollegen aufgefordert habe, das Königreich Marokko zum Nachteil der algerischen Sache politisch zu unterstützen. Dies geschah, nachdem Hernández auf einer Reise nach Marokko mit einer 16-köpfigen Delegation in der ersten Klasse gereist war. Die Mitglieder der Delegation gaben an, Luxusartikel, Reisen in Privatflugzeugen und Geldgeschenke erhalten zu haben. Zur Recherche (auf Spanisch).

Sicherheitspolitik: Die Präsidenten von El Salvador und Costa Rica, Nayib Bukele und Rodrigo Chaves, unterzeichneten ein Kooperationsabkommen im Bereich Sicherheit, das sie auf den Rest der Region ausweiten wollen. Im Rahmen der Unterzeichnung in El Salvador kündigten die Präsidenten an, dass die sogenannte „Alianza Escudo de las Américas" (Allianz-Schild der Amerikas) den Austausch von Erfahrungen El Salvadors im Kampf gegen das organisierte Verbrechen ermöglichen werde. Dies beinhalte die Einführung ähnlicher Gesetzesreformen wie die von Bukele. Chaves, gegen den im Kongress ein Verfahren läuft, welches zu seiner Amtsenthebung führen könnte, deutete seine Absicht an, die Justiz zu reformieren, um repressive Maßnahmen zu ergreifen. Seit der Ausrufung des Ausnahmezustands im Jahr 2022 wurden in El Salvador mehr als 90.000 Menschen festgenommen, mehr als 8.000 wegen Mangels an Beweisen wieder

US-Migrationspolitik: Ende November verkündete US-Präsident Donald Trump als Reaktion auf einen Angriff auf zwei Soldaten der Nationalgarde in Washington, D.C. eine Aussetzung der Asylentscheidungen. Einige Tage später verschärfte Trump seine Attacke gegen die Einwanderung und erklärte, dass die derzeitige Aussetzung „zeitlich unbegrenzt" sei. Darüber hinaus kündigte die Regierung im Dezember die Verkürzung der maximalen Dauer von Arbeitsgenehmigungen für Asylbewerber*innen, geflüchtete Personen sowie Migrant*innen mit vorübergehendem Schutzstatus (TPS) an.

---

2. El Salvador

Repression: Nach sieben Monaten Haft wurden der junge Anwalt Alejandro Henríquez und der Aktivist und evangelische Pastor José Ángel Pérez wieder auf freien Fuß gesetzt. Beide hatten sich auf ein verkürztes Verfahren wegen angeblichen aggressiven Widerstandes und öffentlicher Unruhen eingelassen. Sie wurden im Mai im Zusammenhang mit einer friedlichen Demonstration zur Unterstützung der Cooperativa El Bosque, die aus ihren Grundstücken vertrieben werden sollte, festgenommen. Beide wurden von einer anonymen Richterin zu drei Jahren Haft verurteilt, die durch Verhaltensregeln ersetzt wurden. Eine Bedingung der Freilassung war die Aufhebung des Rechts auf Protest für beide Angeklagten: Sie dürfen an keinen Demonstrationen teilnehmen. Menschenrechtsorganisationen kritisierten das Verfahren als politische Verfolgung.

Menschenrechte: Die seit Mai inhaftierte Menschenrechtsanwältin Ruth López erhielt im November zwei Menschenrechtspreise. López' Ehemann nahm in London in ihrem Namen den Preis für herausragende Menschenrechtsanwälte 2025 entgegen, der ihr am 13. November von der Global Magnitsky Justice Campaign verliehen wurde. Eine Woche später wurde ihr von einer Gruppe salvadorianischer und internationaler Organisationen sowie der französischen Botschaft in El Salvador der Preis für das Recht auf Verteidigung von Menschenrechten verliehen. Es handelt sich um den vierten Menschenrechtspreis für López, drei davon wurden ihm im Jahr 2025 verliehen.

Gerechtigkeit: Eine Gruppe von Militärangehörigen aus El Salvador wird wegen des Massakers an fast tausend Zivilisten im Jahr 1981 in El Mozote und benachbarten Gemeinden vor Gericht gestellt. Nur 13 der angeklagten Militärangehörigen leben noch, darunter der ehemalige Verteidigungsminister General Guillermo García und der General Juan Rafael Bustillo. Sie werden wegen elf Straftaten angeklagt, darunter Mord, versuchter Mord, Brandstiftung, Folter, Vergewaltigung Verschleppung und terroristische Handlungen. Die Maßnahme kann aktuell noch von der Verteidigung der Militärs angefochten werden. Cristosal, eine der Organisationen, die die Opfer in diesem Verfahren verteidigt, wird von der salvadorianischen Regierung verfolgt und musste ihre Arbeit im Land einstellen und nach Guatemala umziehen.

---

3. Honduras

Dezember, vom Nationalen Wahlrat zum Sieger und gewähltem Präsidenten erklärt. Der Kandidat der Partido Nacional gewann mit 40,27 % der Stimmen knapp vor Salvador Nasralla von der Partido Liberal, der 39,39 % der Stimmen erhielt. Der Unterschied zwischen den beiden Kandidaten beträgt weniger als 30.000 Stimmen. Nasralla, seit 2022 Vizepräsident, lehnte die Ergebnisse ab und verbreitete Betrugsvorwürfe über soziale Medien.

Die Auszählung der Stimmen war das Ergebnis einer Kombination aus strukturellen und technischen Mängeln sowie politischen Spannungen, die bereits vor dem Wahltag den Vorbereitungsprozess unterbrochen haben. Den dritten Platz bei der Wahl belegte die Kandidatin der Regierungspartei Libre, Rixi Ramona Moncada. Die Libre-Partei lehnte die Ergebnisse aufgrund technischer Fehler sowie die Einmischung der USA in den Tagen vor der Wahl ab.

US-Beziehungen: Der honduranische Ex-Präsident Juan Orlando Hernández wurde vom US-Präsidenten Donald Trump begnadigt und aus dem Gefängnis in West Virginia freigelassen. Hernández war im Jahr 2024 zu 45 Jahren Haft aufgrund von Drogenhandel und Waffendelikten verurteilt worden. Trump behauptete über seine Pressesprecherin Karoline Leavitt, die Ermittlungen gegen Hernández seien eine Falle der Biden-Regierung gewesen. Die Ankündigung der Begnadigung von Präsident Hernández erfolgte kurz vor den Präsidentschaftswahlen in Honduras und seine Freilassung wurde inmitten der Wahlkrise offiziell bekannt gegeben. Darüber hinaus sprach sich Trump öffentlich für den Kandidaten der Partido Nacional, Asfura, aus und drohte, US-Entwicklungszusammenarbeitsgelder für Honduras einzustellen, sollte Asfura nicht gewinnen.

Organisierte Gewalt: Die Bauerngemeinden in der Region Bajo Aguán sind weiterhin Gewalt durch organisierte Kriminalität ausgesetzt. Am 8. Dezember versuchten mehr als tausend Polizisten, die kriminelle Gruppe Los Cachos zu räumen, die seit 2024 illegal Grundstücke der Cooperativa Camarones besetzt. Die 160 Familien wurden vor einem Jahr gewaltsam auf benachbarte Grundstücke vertrieben und versuchten, als Karawane an dem Tag ihre Grundstücke wiederzubesetzen. Aktivistische Gruppen wie die Leitung der Agrarplatform und der Koordination der Volksorganisationen im Aguán (COPA) waren auch anwesend, um Solidarität mit den Bauernfamilien zu zeigen. Als sie sich dem Gelände näherten, wurde die Karawane von einem gewalttätigen Mob mit Steinen und Macheten angegriffen, und die Polizei zog sich vom Ort des Geschehens zurück. Dennoch gab die honduranische Nationalpolizei eine Erklärung ab, in der sie die Operation als Erfolg bezeichnete und behauptete, die Bewohner hätten das Gelände „freiwillig und friedlich" verlassen. Die Familien konnten nicht auf ihr Land zurückkehren.

---

4. Nicaragua

Interview: Mitte November war Dora María Téllez auf dem Nicaragua-Vernetzungstreffen in Köln, um über Menschenrechte und feministische Kämpfe in Nicaragua zu sprechen. Im Interview mit Erika Harzer spricht Dora María Téllez über Repression in Nicaragua, den autoritären Kurs der Ortega-Regierung und ihr eigenes Exil. Zur Audio-Version.

Politik: Am 4. Dezember hielt der neue Oberste Gerichtshof (CSJ) seine erste Sitzung

sechs weiterer Richter erzwungen. Ende November vereidigte der nicaraguanische Kongress fünf neue Richter*innen. Drei von ihnen, Ana Julia Guido, Octavio Rothschuh und Ernesto Rodríguez, wurden von den USA sanktioniert. Als ehemalige stellvertretende Polizeichefin wurde Guido als Komplizin der Unterdrückung durch das Regime von Ortega und Murillo identifiziert, da sie eine Spezialeinheit zur Kriminalisierung von Demonstrant*innen ins Leben gerufen hatte. Rothschuh und Rodríguez sind zwei der Richter, die mehr als 300 Menschen die nicaraguanische Staatsbürgerschaft aberkannt haben.

US-Beziehungen: Das Büro des Handelsbeauftragten der Vereinigten Staaten (USTR) erklärte Mitte Dezember, dass die USA ab dem 1. Januar 2026 einen progressiven Zoll auf alle Produkte aus Nicaragua erheben werden. Der Zollsatz beginnt bei 0 % und steigt bis 2027 auf 10 % und bis 2028 auf 15 %. Die Entscheidung ist das Ergebnis einer zwölfmonatigen Untersuchung der Institution, die zu dem Schluss kam, dass „die Maßnahmen, Politiken und Praktiken Nicaraguas unangemessen sind und den US-Handel behindern oder einschränken". Am 20. Oktober 2025 schlug der US-Handelsbeauftragte dem US-Präsidenten Donald Trump eine Reihe von Maßnahmen vor, darunter die vollständige oder teilweise Aussetzung der Vorteile für Nicaragua aus dem DR-CAFTA. Die US-Regierung beschloss jedoch, das Handelsabkommen aktuell nicht anzugreifen.

---

6. Guatemala

Politik: Das Verfassungsgericht Guatemalas hat am 30. Dezember das Inkrafttreten des neuen Staatshaushalts für 2026 aufgrund angeblicher Unregelmäßigkeiten bei seiner Verabschiedung ausgesetzt. Der Haushalt war am 26. November mit 139 von 160 Stimmen als „nationaler Notfall" verabschiedet worden. Er wurde nicht für verfassungswidrig erklärt, sondern nur vorübergehend ausgesetzt. Das Finanzministerium ist gezwungen, seine Arbeit auf der Grundlage des Vorjahreshaushalts fortzusetzen. Das Gericht teilte mit, dass die Entscheidung auf Antrag der Anwälte Diego Sagastume Vidaurre und Fernando Linares Beltranena getroffen wurde. Beltranena hatte im November seine Absicht bekundet, als Kandidat für die Nachfolge der derzeitigen Generalstaatsanwältin, Consuelo Porras, zu kandidieren, die er im Rahmen seiner Angriffe auf die Exekutive unterstützt hat.

Landkonflikt: Mindestens fünf Menschen aus Nahualá, einer indigenen Gemeinde in Guatemala in der Sololá-Provinz, wurden am 13. Dezember getötet und mehrere Dutzend verletzt. Nach einer gewaltsamen Auseinandersetzung beschuldigen die Einwohner von Santa Catarina Ixtahuacán die Bewohner von Nahualá, die Militärstation in dieser Gemeinde angegriffen zu haben, während die Einwohner von Nahualá behaupten, dass Personen aus Ixtahuacán zusammen mit der guatemaltekischen Armee eine Gruppe von Steinmetzen angegriffen hätten. Der guatemaltekische Präsident Bernardo Arévalo ordnete Militärpräsenz in Nahualá und im Nachbarort Santa Catarina Ixtahuacán an und verlängerte diese am 30. Dezember. Beide Gemeinden befinden sich seit mehr als einem Jahrhundert in einem Territorialkonflikt.

Gewalt: Der Bürgermeister von Masagua, einer Stadt im Süden Guatemalas, wurde am 6. Dezember während einer Weihnachtsparade ermordet. Nelson Luciano Marroquín, Mitglied der Partei Vamos des ehemaligen Präsidenten Alejandro Giammattei, wurde von

diesem Jahr gestiegen: In den ersten acht Monaten des Jahres wurden insgesamt 2.154 Morde gemeldet, während es im gleichen Zeitraum des Jahres 2024 1.816 Morde waren, was einem Anstieg von 18 Prozent entspricht. Das Land hat eine Mordrate von 17,65 Morden pro 100.000 Einwohner, eine Zahl, die doppelt so hoch ist wie der weltweite Durchschnitt.